



## **Verkehrsausschuss**

52. Sitzung (öffentlich)

27. November 2003

Düsseldorf - Haus des Landtags

11:30 Uhr bis 15:20 Uhr

Vorsitz: Manfred Hemmer (SPD)

Stenografen: Dr. Hildegard Müller, Thilo Rörtgen

<b>Verhandlungspunkte und Ergebnisse:</b>	<b>Seite</b>
<b>1 Qualitätspakt Nahverkehr/Winterfahrplan 2003/2004</b>	<b>1</b>
<u>In Verbindung mit:</u>	
<b>6 Managementgesellschaft</b>	<b>1</b>
Minister Dr. Axel Horstmann (MVEL) und Ulrich Homburg (DB Regio AG, Vorstandsvorsitzender) tragen vor und beantworten Fragen.	
<b>2 Gesetz über die Feststellung der Haushaltspläne des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005) und Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes (Landesbesoldungsgesetz - LBesG NRW)</b>	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 13/4500 (Neudruck) Vorlage 13/2363	-

Mit Vorlage 13/4251 nimmt der Ausschuss den Einführungsbericht des Ministers schriftlich zur Kenntnis.

**3 Gesetz über die Entlastung des Haushalts und über die Erhebung eines Entgeltes für die Entnahme von Wasser aus Gewässern - Wasserentnahmeentgeltgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen - (Haushaltsbegleitgesetz 2004/2005)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/4528 (Neudruck)  
Vorlage 13/2383

Hierzu berichtet die Landesregierung ebenfalls mit Vorlage 13/2451. Ansonsten wird der Gesetzentwurf im Rahmen der Haushaltsberatungen behandelt.

**4 Globale Minderausgabe**

MR Kröger (MVEL) trägt vor.

26

**5 Modernisierung der Bahnhöfe**

Minister Dr. Axel Horstmann berichtet.

27

**7 Gesetz zur Stärkung der Bürgerbeteiligung und der kommunalen Selbstverwaltung - GO-Reformgesetz 2003**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der FDP  
Drucksachen 13/3899 und 13/3996

Abschluss der Beratungen und Beschlussfassung

Der Ausschuss beschließt einstimmig, kein Votum abzugeben.

**8 Entbürokratisierung: Straßenverkehrsämter entlasten, Zulassungsverfahren kundenfreundlich den technischen Überwachungsvereinigungen übertragen**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/4130

Der Ausschuss kommt überein, vor Abgabe des abschließenden Votums ein Expertengespräch durchzuführen.

29

**9 Gesetz über die Seilbahnen in Nordrhein-Westfalen (SeilbG NRW)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 13/4199

30

Abschluss der Beratungen und Beschlussfassung

Dem Gesetzentwurf wird mit den Stimmen von SPD, CDU, FDP und Grünen bei Enthaltung von Bernhard Schemmer (CDU) einstimmig zugestimmt.

**10 Park & Rail - NRW braucht neue Konzepte in der Bahnpolitik**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/4392

-

TOP 10 wird auf Wunsch der SPD-Fraktion auf die nächste Sitzung vertagt.

**11 Landesmittel zum Umbau der Wuppertaler Schwebebahn**

30

Minister Dr. Axel Horstmann trägt vor.

**12 Verkehrsinfrastruktur für die WM 2006**

32

Minister Dr. Axel Horstmann erstattet Bericht.

**13 Finanzierungsabwicklung Metrorapid**

34

Minister Dr. Axel Horstmann berichtet.

**14 Terminplan 2004**

-

Der Ausschuss beschließt den vorgeschlagenen Terminplan.

**15 Verschiedenes**

35

Auf Wunsch der CDU wird über eine Vollsperrung der A 4, die auf richterliche Anordnung erfolgt ist, diskutiert.

**Nächste Sitzung:** 18. Dezember 2003

\*\*\*\*\*

Verkehrsausschuss  
52. Sitzung (öffentlich)

27.11.2003  
rt-hoe

darüber hinaus weitergeführt wird. Wir haben bei den Planungen für den neuen Fahrplan einen so genannten Trassenkonflikt im Bahnhof Rheine und damit eine Situation, in der wir vor der Frage standen, ob wir versuchen wollen - populistisch ausgedrückt: dort wollen zwei Züge zur gleichen Zeit auf das gleiche Gleis, und wir haben nur eine begrenzte Anzahl von Bahnsteigen zur Verfügung -, das in weniger als zwei Minuten abzuwickeln mit der Konsequenz, dass wahrscheinlich beide Züge große Qualitätsprobleme bekommen, oder ob wir nach anderen Lösungen suchen müssen. Wir haben uns entschieden, an dieser Stelle nach anderen Lösungen zu suchen. Damit die Situation, keine stündliche Verbindung zwischen Rheine und Münster zu haben, nicht eintritt, ist dem Zweckverband Münsterland gegenüber angeboten worden, dass die stündliche Fernverkehrsverbindung für dieses Jahr grundsätzlich freigegeben wird. Damit ist der stündliche Verkehr zwischen beiden Standorten gewährleistet. Wir werden die Zeit bis zum Frühjahr nutzen, um für den nächsten Fahrplan eine stündliche Nahverkehrsverbindung anbieten zu können.

**Vorsitzender Manfred Hemmer** bedankt sich bei den Vertretern der DB AG für ihre Ausführungen.

**2 Gesetz über die Feststellung der Haushaltspläne des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005) und Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes (Landesbesoldungsgesetz - LBesG NRW)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/4500 (Neudruck)  
Vorlage 13(2363)

**Vorsitzender Manfred Hemmer** schlägt vor, den Einführungsbericht des Ministers schriftlich zur Kenntnis zu nehmen (siehe Vorlage 13/2451). - Der **Ausschuss** ist damit einverstanden.

**3 Gesetz über die Entlastung des Haushalts und über die Erhebung eines Entgeltes für die Entnahme von Wasser aus Gewässern - Wasserentnahmeentgeltgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen - (Haushaltsbegleitgesetz 2004/2005)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/4528 (Neudruck)  
Vorlage 13/2383

**Minister Dr. Axel Horstmann** teilt mit, dass es sich um den gleichen Bericht handle wie zu TOP 2.

Verkehrsausschuss  
52. Sitzung (öffentlich)

27.11.2003  
rt-hoe

**Vorsitzender Manfred Hemmer** schlägt vor, diesen Gesetzentwurf im Rahmen der Haushaltsplanungen zu behandeln. - Der **Ausschuss** ist damit einverstanden.

#### 4 Globale Minderausgabe

**MR Kröger (MVEL)** trägt vor:

In den letzten Sitzungen des Verkehrsausschusses ist bereits mehrfach über das Thema "Globale Minderausgabe" berichtet worden. Ich möchte daran erinnern, dass in den Sitzungen am 22. Mai 2003 und 26. Juni 2003 Herr Staatssekretär Hennerkes dazu ausführlich vorgetragen hat. Gestatten Sie mir deshalb, dass ich Sie heute nur über den aktuellen Stand der Erwirtschaftung dieser globalen Minderausgabe informiere. Ich möchte besonders darauf hinweisen, dass es sich auch heute nur um einen aktuellen Bericht handelt, denn das Instrument der globalen Minderausgabe - das ist hier schon mehrfach vorgetragen worden - werden wir sehr flexibel nutzen, d. h., dass sich der Stand bis zum Ende des Jahres immer wieder verändern kann, wenn wir andere Einsparmöglichkeiten im Haushalt sehen.

Ich möchte, bevor ich auf den aktuellen Stand zu sprechen komme, folgende Fakten in Erinnerung rufen: Die im Einzelplan 08 in 2003 zu erwirtschaftende globale Minderausgabe beträgt unter Berücksichtigung der Beträge, die im Nachtragshaushaltsgesetz 2003 hinzugekommen sind, insgesamt rund 37,4 Millionen €. Wir hatten zunächst vorgesehen - das ist der Stand, über den Sie am 26. Juni informiert worden sind -, diesen Betrag wie folgt einzusparen: rund 1,1 Millionen € bei dem Programm zur rationellen Energienutzung, rund 0,1 Millionen € bei sächlichen Verwaltungsausgaben, die in unserem Einzelplan für den Bereich der Landesplanung veranschlagt sind, und den weitaus überwiegenden Betrag, nämlich insgesamt rund 36,2 Millionen €, im Verkehrshaushalt, davon 3 Millionen € bei den Ausgaben für den Landesstraßenausbauplan und 33,2 Millionen € bei den Zuführungen für den Landesbetrieb Straßenbau. In den beiden vorangegangenen Sitzungen, als dieser Bereich thematisiert worden ist, ist bereits dargelegt worden, dass wir im Hinblick auf die rechtlichen Bindungen in den anderen Bereichen unseres Einzelplanes zu dieser Belastung der globalen Minderausgabe für den Verkehrshaushalt keine Alternative hatten.

Nun zu dem aktuellen Stand. Inzwischen zeichnen sich in zwei Bereichen, die bislang von der globalen Minderausgabe nicht tangiert waren, Einsparmöglichkeiten ab. Wir haben zum einen eine Einsparmöglichkeit bei den sächlichen Verwaltungsausgaben gesehen, die für die Genehmigungsverfahren nach dem Atomgesetz vorgesehen sind. Dort ziehen sich einige gutachterliche Dinge ein wenig in die Länge, sodass wir dort die veranschlagten Mittel nicht im vollen Umfang benötigen. Die Einsparmöglichkeit liegt bei etwa 1 Million €. Darüber hinaus gehen wir nach aktuellen Ermittlungen davon aus, dass die für die Erstattung der gemeinschaftlichen Leistungen im Ausbildungsverkehr im Haushalt 2003 mit insgesamt 185 Millionen € veranschlagten Mittel nicht in voller Höhe benötigt werden.